



An

Bundeskanzlerin Angela Merkel

Bundeskanzleramt

Willy-Brandt-Straße 1

10557 Berlin

Fax: 0 30 / 400 18 18

E-mail: angela.merkel@bk.bund.de

CC

Umweltminister Sigmar Gabriel

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Ministerbüro

Alexanderstraße 3

10178 Berlin

Telefon: 0 30 / 18 305-0

Fax: 0 30 / 18 305-4375

E-mail: sigmar.gabriel@bmu.bund.de

Entwicklungsministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Postfach 12 03 22

53045 Bonn

Telefon: 02 28 / 9 95 35-0

Fax: 0 228 / 535 25 01

E-mail: wieczorek@bmz.bund.de

Berlin/Freiburg/Hamburg, 9. Mai 2008

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin Angela Merkel,

gemeinsam mit einer großen Zahl befreundeter brasilianischer Organisationen und Gruppen (siehe Anlagen) sind wir sehr besorgt über das angekündigte bilaterale Energieabkommen zwischen Deutschland und Brasilien mit dem Schwerpunkt Agrokraftstoffe. Die Entwicklung der letzten Jahre im brasilianischen Agrotreibstoffsektor widerlegt die Äußerungen von Umweltminister Gabriel zur vermeintlichen Nachhaltigkeit der Agrokraftstoff-Produktion in Brasilien.

Eine "nachhaltige Produktion" ist allein schon angesichts des anvisierten Maßstabes und induzierten Anbauvolumens von Biomasse nicht möglich. Zudem fehlen praxisüberprüfte, objektive und mit allen Beteiligten gemeinsam erarbeitete Kriterien zu deren Überprüfung.

In Brasilien dringt die Agrarfront vermehrt in neue Regionen vor, bedroht unmittelbar wertvolle Ökosysteme wie Cerrado, Amazonasregenwald und Pantanal, vermindert die regionale Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln, unterminiert die kleinbäuerliche Landwirtschaft und gerät in immer stärkeren Konflikt mit der Agrarreform. Wie sich hier exemplarisch zeigt, hat der industrielle Anbau von Agrokraftstoffen schwerwiegende negative ökologische, soziale und menschenrechtliche Konsequenzen. Aus diesem Grund lehnen wir den industriellen Anbau von Agrokraftstoffen auf großen Flächen wie auch den Import dieser Produkte aus Übersee nach Deutschland und Europa ab.

Vor diesem Hintergrund möchten wir im Hinblick auf das geplante bilaterale Energieabkommen und der Einschätzung von Sigmar Gabriel zur Nachhaltigkeit der Agrokraftstoffproduktion in Brasilien im Einzelnen auf folgende Punkte und Probleme besonders hinweisen:

Durch ein Ausbleiben "legaler" Agrokraftstoff-Exporte nach Deutschland erhöhe sich, so Sigmar Gabriel, der "Druck zur illegalen Produktion" in Brasilien. Dieser Argumentation können wir nicht folgen. Indes möchten wir Sie darauf aufmerksam machen, dass die Anreize für einen Ausbau der brasilianischen Produktion von Agrokraftstoffen gerade von den hiesigen Beimischungszielen ausgehen und in Ländern wie Brasilien u.a. indirekte Landnutzungsänderungen auslösen. Hierdurch erhöht sich der **Druck auf Kulturlandschaften und Ökosysteme**, zudem führt dies zu **Flächenkonzentrationen**, der **Zunahme und Verschärfung von Land- und Ressourcenkonflikten, Vertreibungen** und zu einem **Anstieg der Preise für Grundnahrungsmittel**.

Die von Sigmar Gabriel angeführte geplante "**Zonierung** der Anbauflächen durch die brasilianische Regierung" **bietet** hierfür **keine Lösung**, da diese nach Angaben der brasilianischen Gruppen am Reißbrett, ohne Beteiligung der Zivilgesellschaft, Kleinbauern und betroffenen Indigenen geschieht. Raumordnung ist ohne Zweifel ein unverzichtbares Planungselement, doch sollte diese in enger Zusammenarbeit mit den lokalen Regierungen und der Zivilgesellschaft erfolgen und deren Interessen und Belange berücksichtigen.

Wir möchten Sie darauf hinweisen, dass nach unseren Kenntnissen die von Sigmar Gabriel genannten "100 Millionen Hektar Brachland" in dieser Form in Brasilien nicht existieren. Derartige Zahlen erwecken den Eindruck, dass es sich um unbewohnte und vegetationslose Landflächen handele, die problemlos u.a. zum Anbau von Agrokraftstoffen benutzt werden können. In der Realität sind dies Gebiete wie der Cerrado (Savannenlandschaft), die hierfür zerstört werden sollen. Dies bedeutet nicht nur einen Verlust an Biodiversität, sondern auch, dass **vielen Menschen der Lebensraum genommen** wird, die von diesem abhängig sind. Sie benötigen ihn als Weideland und zum Sammeln von Früchten, Nüssen, Medizinalpflanzen und Brennholz.

Die aktuelle Zuckerrohranbaufläche von zirka 7 Millionen Hektar (etwa die Hälfte davon für Ethanol) soll auf bis zu 30 Millionen Hektar ausgebaut werden – bei einer derzeitigen bebauten Ackerfläche von 62 Millionen Hektar. Insgesamt sollen in **Brasilien etwa 50 Mio ha neue Flächen für den Energiepflanzenmarkt** zur Verfügung stehen – das entspricht etwa einem **Viertel der** noch im

Agroplan 2006 der Brasilianischen Regierung geschätzten **gesamten potentiell landwirtschaftlich nutzbaren Fläche**. Die Umweltminister Gabriel kürzlich von der brasilianischen Regierung vorgelegten Zahlen widersprechen somit offiziellen regierungseigenen Schätzungen und Daten.

Nach Angaben des Zuckerrohrverbands Unica (União da Agroindústria Canavieira de São Paulo) ist bis 2012 der Ausbau der Anzahl von Ethanolabriken von derzeit 248 auf 325 geplant. Das Gros der neuen Plantagen entsteht derzeit im Dreieck von Minas Gerais, im Süden von Goiás und im Osten von Mato Grosso do Sul.

Hinzu kommt eine enorme Intensivierung der Leistungsanforderungen für Zuckerrohrschneider, die für die Zunahme der Arbeitsunfälle, häufig mit tödlichem Ausgang, verantwortlich ist. Die Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse schafft Raum für kriminelle Arbeitsvermittler, die Migranten unter teils menschenunwürdigen Bedingungen für die Zuckerrohrernte anheuern. Die staatlichen Arbeitsinspektoren decken auch in den Zucker- und Ethanolkomplexen immer wieder Fälle von sklavenähnlicher Beschäftigung auf. 52% (3131 von 5974) der „**Arbeiter unter sklavereiähnlichen Bedingungen**“, welche 2007 durch die „Mobile Eingreiftruppe“ des Arbeitsministeriums befreit wurden, waren in Zuckerrohrfabriken beschäftigt. Insgesamt ist die Zahl der „modernen Sklaven“ und der Arbeiter unter „ausbeuterischen Arbeitsbedingungen“ enorm gestiegen.

Nachhaltigkeit beinhaltet neben wirtschaftlichen **auch soziale und umweltliche Aspekte!** „Unredlich“ ist es, im Zusammenhang mit dem Energie-Abkommen die sozialen, menschenrechtlichen und ökologischen Problemwirkungen eines verstärkten Biomasseanbaus im Ursprungsland Brasilien auszublenden. Die von Sigmar Gabriel angesprochenen Produktionsstandortbedingungen entbehren der Berücksichtigung bestehender Realitäten:

Hunger und Agrarreform: 44 Millionen Menschen sind in Brasilien von extremer Armut betroffen und leiden Hunger. Eine der ersten Maßnahmen der Regierung von Präsident Lula da Silva war deshalb gleich nach Amtseintritt die Gründung eines Ministeriums für Ernährungssicherheit und Hungerbekämpfung, das insbesondere mit der Einführung des nationalen Programms „Null Hunger“ beauftragt wurde. Das Programm ist Kernstück der politischen Strategie der Regierung und soll armen Menschen eine angemessene Ernährung gewähren: „Wenn am Ende meiner Amtszeit alle Brasilianer dreimal am Tag essen können, dann habe ich die Mission meines Lebens erfüllt“ verkündete Lula beim Weltsozialforum von Porto Alegre im Januar 2003.“

Schon im vergangenen Jahr widerlegte Maria Aparecida de Moraes Silva von der Landesuniversität São Paulo (Universidade Estadual Paulista) die Behauptungen der Regierung von Lula da Silva, "der Anbau von Bioenergiemonokulturen habe keinen Einfluss auf die nationale **Nahrungsmittelproduktion**", in dem sie die offiziellen Zahlen des Instituts für landwirtschaftliche Ökonomie (Instituto de Economia Agrícola) zitierte: "Im Zeitraum zwischen 2006 und 2007 ist die **Anbaufläche von 32 landwirtschaftlichen Produkten zurückgegangen**: darunter Reis (10% weniger), Bohnen (13 %), Mais (11%), Kartoffeln (14%), Maniok (3%), Baumwolle (40%) und Tomaten (12%)." Außerdem verzeichnet Brasilien eine Million weniger Rinder und Milchkühe. Dabei sind Reis, Bohnen, Maniok, Kartoffeln sowie Rindfleisch und Milch die mit wichtigsten Grundnahrungsmittel Brasiliens!

Das Versprechen, von der Agrodieselproduktion würden Kleinbauern profitieren, kann nicht eingehalten

werden. Inzwischen stammen bereits 80 % der Rohstoffe für Agrodiesel aus dem Sojaanbau, vielfach aus genmanipulierter Produktion. Die bisherigen Erkenntnisse über das "**Biodieselprogramm**" zeigen, dass bisher drei Viertel der Rohstoffe vom Agrobusiness geliefert wurden. Die soziale Komponente des Programms, die Einbindung kleinbäuerlicher Landwirtschaft, verhinderte bisher folglich nicht, dass das **Agrobusiness als Hauptnutznießler** des Programms dasteht.

Nun zeigt sich aber, dass Zuckerfabriken gezielt das Land unproduktiver Farmen pachten, um es der Umverteilung im Rahmen der Agrarreform zu entziehen. Mit dem Anstieg der Bodenpreise kann der Staat kaum noch den Landankauf für die Verteilung im Rahmen der Agrarreform finanzieren. Das geplante deutsch-brasilianische Energieabkommen, das der "nachhaltigen" Füllung deutscher Autotanks dienen soll, trägt somit direkt dazu bei, die Agrarreform in Brasilien zu verhindern. Die **Gewalt auf dem Land** in den Regionen Zentraler Westen und Nordosten, also den Regionen des *Cerrado*, welche neuerdings an landwirtschaftlichem Wert gewinnen, hat dem jüngsten Bericht der Landpastorale zufolge deutlich zugenommen. Die Zahl derer, die durch private Gewaltanwendung vertrieben wurden, ist **erheblich gestiegen** – von 1.809 (2006) auf 4.340 (2007).

Mato Grosso do Sul, einer der Bundesstaaten in denen die Anbaufläche für Zuckerrohr stark erweitert wird, ist nach dem Indianermissionsrat CIMI der Staat mit den meisten **Morden an Ureinwohnern**. Ursache sind hauptsächlich Konflikte um Landrechte, so die Anthropologin Lúcia Rangel von der katholischen Universität São Paulo (PUC-SP). Im vergangenen Jahr wurden dort 53 Indianer, die meisten vom Volk der Guarani Kaiowá, ermordet.

Die brasilianische Regierung und Industrie betreibt daneben sehr ambitionierte Pläne zur Produktion von Ethanol aus der Zellulose von Eukalyptusbäumen (BtL) sowie Agrodiesel aus Soja, Palmöl und Rizinus. Die Investitionen in diesem Bereich verdeutlichen das. Der Bundesstaat Pará im Amazonasgebiet, wo Sigmar Gabriel sich mit Regierungsvertretern traf, ist das Zentrum der Palmölproduktion mit der ersten Biodieselfabrik auf Basis von Palmöl. Im Bundesstaat Acre, der mitten im Amazonasgebiet liegt, gibt es bereits intensiven Zuckerrohranbau und Ethanolfabriken, und in der Mehrheit der Bundesstaaten im Amazonasgebiet wurden auf großflächigen Rodungen Sojamonokulturen für den Export angelegt. Aktuelle Zahlen des Forschungsinstituts Imazon bestätigen, dass sich die **Abholzung des Amazonasregenwaldes wieder beschleunigt**. Von Januar bis März wurden in den eben genannten, Biodiesel produzierenden Bundesstaaten Mato Grosso und Pará rund 214 Quadratkilometer Regenwald abgeholzt, 3-mal so viel wie im ersten Jahresquartal 2007.

Sigmar Gabriel zufolge geht die "größte Bedrohung für den Regenwald vom Sojaanbau für die Futtermittelproduktion" aus. Gerade jedoch die Ausweitung von Zuckerrohranbauflächen führt nachweislich zu einer **Verdrängung von Sojaanbau und Viehzucht in die Amazonasregion**. Zudem wird Soja sowohl zur Futtermittel- als auch zur Agrokraftstoffproduktion angebaut. Auch aufgrund der Marktnachfrage ist in der Praxis eine Trennung in Plantagen für die Futtermittel- und Agrospritproduktion nicht möglich. Mit den zunehmenden Importen von Sojaöl nach Deutschland zur Beimischung im Dieselkraftstoff ist zudem eine weitere schwere Bedrohung hinzugekommen. Wie Greenpeace bereits durch Proben an deutschen Zapfsäulen Anfang 2008 nachgewiesen hat, sind im Dieselkraftstoff schon jetzt erhebliche Mengen Sojaöl enthalten.

Immer mehr dieser Soja aus Brasilien, vor allem im Süden des Landes, ist gentechnisch verändert (fast 50%). Und selbst der brasilianische Präsident Lula da Silva hat unlängst in Bezug auf die damit

verbundenen potentiellen Gefahren erklärt, das gentechnisch veränderte Soja könne im Zuge des Agroenergiebooms in den Tanks landen ("soja boa a gente come, e soja transgênica a gente faz biodiesel"). Dieser Sichtweise können und wollen wir nicht folgen, da durch die Verbrennung von gentechnisch verändertem Soja in unseren Tanks das Problem der biologischen Sicherheit und Ernährungssouveränität im Herkunftsland nicht behoben wird. Wir lehnen es strikt ab, dass durch die Markteinführung von Gensoja als Agrokraftstoff ein weiteres **Einfallstor** auch in anderen Bereichen **für gentechnisch manipulierte Produkte** geschaffen wird.

Es gibt bisher **kein funktionierendes und international anerkanntes Zertifizierungsverfahren zu Agrokraftstoffen** und keine unabhängige Überprüfung dieser Kriterien. Initiativen wie RSPO, RRS, BSI, RSB befinden sich teilweise noch in der Phase der Formulierung der Standards und Kriterien und es wird noch Jahre dauern, bis diese einsatzfähig sind. Da diese Initiativen massiv von Wirtschaftsinteressen dominiert sind und die Teilnahme von Umwelt- und Sozialgruppen sowie Bauernverbänden völlig unzureichend ist, sind die Standards sehr allgemein formuliert und reichen nicht aus, um eine nachhaltige Produktion unter umweltlichen und sozialen Gesichtspunkten zu garantieren.

Die deutsche Bundesministerin für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung fordert unterdessen Maßnahmen zur Beruhigung der Märkte, Investitionen in die Landwirtschaft und ein Moratorium für Agrartreibstoffe.

Wir fordern deshalb:

Nehmen Sie die obligatorischen Beimischungsziele auf bundesdeutscher und europäischer Ebene zurück!

Stoppen sie alle Importe von Agrarkraftstoffen und von Rohstoffen aus Energiepflanzen aus Übersee einschließlich Brasilien!

Stoppen Sie das deutsch-brasilianische Energieabkommen! Ethanol aus Brasilien ist umwelt- und sozialschädlich!

Wer die Menschenrechte und den Vorsitz der UN-Biodiversitätskonferenz ernst nehmen will, muss Ethanol und andere Agrarenergien aus Brasilien und anderen tropischen Staaten STRIKT ablehnen!

Setzen Sie sich endlich für eine grundlegende ökologische Energiewende hierzulande ein!

Rettet den Regenwald e.V.

ROBIN WOOD

FDCL- Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika

BLUE 21 - Berliner Landesarbeitsgemeinschaft Umwelt und Entwicklung

KoBra e.V. - Kooperation Brasilien